MILITÄR UND GESELLSCHAFT
IN DEUTSCHLAND SEIT 1945

Eine Ausstellung des Zentrums für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr und
der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

TEXT- UND BILDAUSZÜGE

Foto SZ Photo/Manfred Vollmer

ZMS Bw
Zentrum für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der
Bundeswehr

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

02

NIE WIEDER!
Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

8. Mai 1945. Die deutsche Wehrmacht kapituliert. In Europa endet der Zweite Weltkrieg. Deutschland hat ihn als Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt, der über 50 Millionen Menschenleben kostete. Große Teile Europas liegen in Trümmern. Millionen sind auf der Flucht, obdachlos oder in Gefangenschaft. Allmählich verdichten sich die Nachrichten von einem unfassbaren Verbrechen, das Deutsche im Schatten des Krieges begangen haben: die systematische Ermordung von mehr als sechs Millionen europäischen Juden.

Die Siegermächte Sowjetunion, USA, Großbritannien und Frankreich sind sich einig: Von Deutschland darf nie wieder eine Gefahr ausgehen. Das Land wird in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Es soll demokratisiert, dezentralisiert, entnazifiziert und entwaffnet werden. Doch die Anti-Hitler-Koalition hält nicht lange. Die Gegensätze zwischen der kommunistischen Sowjetunion und den westlichen Demokratien sind zu groß.

Während Moskau in seinem Machtbereich kommunistische Regime installiert und die Planwirtschaft einführt, treiben die drei Westalliierten in ihren Besatzungszonen die Bildung eines Teilstaates voran. Es ist der Beginn des Kalten Krieges, der Deutschland, Europa und die Welt für vier Jahrzehnte teilen wird. 1949 kommt es zur Gründung von zwei deutschen Staaten.

03

«OHNE MICH!»
Der Weg zur Wiederbewaffnung

Unter dem Schutz der Westmächte entwickelt sich in der 1949 gegründeten Bundesrepublik eine Demokratie mit sozialer Marktwirtschaft. Die Bundesbürger erleben in den 1950er Jahren ein Wirtschaftswunder und rasch wachsenden Wohlstand. Weder die Alliierten noch die Westdeutschen haben anfangs Interesse an einer Bewaffnung des Landes. Der Ausbruch des Koreakrieges 1950 ändert dies. Die Furcht wächst, dass auch in Europa aus dem Kalten Krieg ein heißer werden könnte, zumal die Sowjetunion nun – wie die USA – über Atomwaffen verfügt.

Angesichts der wachsenden Wirtschaftskraft der Bundesrepublik und ihrer geostrategischen Lage wird in Washington, London und Paris immer vernehmlicher über einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag diskutiert. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) sieht in einer «Wiederbewaffnung» die Chance, gleichermaßen die Westbindung zu stärken und die staatliche Souveränität zurückzugewinnen.

Der Aufbau westdeutscher Streitkräfte und ihre Integration in die NATO erschweren jedoch die ersehnte Wiedervereinigung, was der Debatte eine deutschlandpolitische Note gibt. Für viele Bundesbürger ist eine «Wiederbewaffnung» so bald nach dem Weltkrieg unerträglich. «Nie wieder!» und «Ohne mich!» lauten ihre Parolen.

Am 25. April 1945 reichen sich amerikanische und sowjetische Soldaten auf der zerstörten Elbbrücke in Torgau die Hände. Das einen Tag später nachgestellte Bild geht um die Welt und kündet von der bevorstehenden deutschen Niederlage.
Foto: picture alliance / akg-images

Anstecknadel aus dem Jahr 1951 mit einem stilisierten Soldatenstiefel und dem Schriftzug «Ohne Mich». Die Anstecker richten sich gegen Pläne, in Westdeutschland paramilitärische Polizeiverbände zu schaffen.
Foto: picture alliance / dpa

04 GETARNTE AUFRÜSTUNG
Die militärische Aufrüstung in der DDR

Die Sowjetunion ist Schutzmacht, Befehlsgeber und Vorbild der Diktatur, die die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR errichtet. Die SED war 1946 aus der Zwangsvereinigung der Sozialdemokraten mit den Kommunisten hervorgegangen, die dort fortan das Sagen haben. Opposition in der DDR wird unterdrückt, Unternehmer enteignet, die Landwirtschaft kollektiviert. Doch die Planwirtschaft erweist sich als ineffizient und dem westlichen Modell unterlegen.

Angesichts der Blockkonfrontation will die Sowjetunion ihre Satellitenstaaten stabilisieren. Deshalb darf Ost-Berlin bereits 1948 verdeckte militärische Formationen aufstellen. Im April 1952 weist Stalin die SED-Führung an: «Volksarmee schaffen – ohne Geschrei». Am 1. Juli wird die «Kasernierte Volkspolizei» (KVP) gegründet, die nach militärischem Vorbild ausgebildet und ausgerüstet wird. Kurz darauf verkündet die SED den Aufbau des Sozialismus und verschärft den Klassenkampf von oben. Aufmärsche bewaffneter KVP-Einheiten sind nun ein gewohntes Bild bei SED-Kundgebungen.

Die Aufrüstung stößt bei den meisten Ostdeutschen auf Ablehnung. Offener Widerspruch ist ihnen aber, anders als den Westdeutschen, nicht erlaubt. Als es im Juni 1953 zum Volksaufstand kommt, lautet eine der Losungen: «Wir brauchen keine Volksarmee!».

Ein Offizier der Roten Armee (l.) bei der Ausbildung von KVP-Angehörigen im sowjetischen Saratow am 1. Oktober 1954. Im Hintergrund ein Panzer T-34. Von Anfang an ist die KVP als Kern einer künftigen sozialistischen Armee angelegt.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo

05 RECHT UND FREIHEIT TAPFER ZU VERTEIDIGEN …
Die Gründung der Bundeswehr

12. November 1955: Die ersten Freiwilligen der Bundeswehr erhalten ihre Ernennungsurkunden. Die Vorarbeiten dazu hatte seit 1950 das «Amt Blank» geleistet, der Vorläufer des im Juni 1955 gegründeten Verteidigungsministeriums.

Die neuen Streitkräfte sollen sich von ihren Vorgängern radikal unterscheiden. Sie sind allein dem demokratischen Staat verpflichtet und unterliegen der parlamentarischen Kontrolle. Große Hoffnungen sind mit der Konzeption der Inneren Führung verbunden. Sie soll die Pflichten des Soldaten durchsetzen und ihm als «Staatsbürger in Uniform» die Rechte garantieren, zu deren Schutz er dient.

Dazu gehört eine neue Führungskultur: Das Gewissen muss über dem Gehorsam stehen, wenn Befehle dem Recht und der Menschenwürde widersprechen. Eigenverantwortliches Handeln soll gefördert werden.

Die Aufstellung und Ausbildung dieser neuen Armee sind jedoch nicht ohne ehemalige Wehrmachtsangehörige möglich. 1959 knüpfen über 80 Prozent der Bundeswehroffiziere an eine Offizierslaufbahn vor 1945 an. Dies weckt jedoch Befürchtungen, die Bundeswehr werde deren Traditionen und Gedankengut übernehmen. Seit ihrer Gründung muss sich die Bundeswehr einer kritischen Berichterstattung der Medien sowie einer lebhaften öffentlichen Debatte kleinerer und größerer Skandale stellen.

Verteidigungsminister Theodor Blank überreicht am 12. November 1955 den ersten Soldaten der Bundeswehr ihre Ernennungsurkunden. Der Tag gilt als Gründungsakt der Bundeswehr.
Foto: picture alliance / akg-images

06

DEN SOZIALISMUS GEGEN ALLE FEINDE ZU VERTEIDIGEN … Die Gründung der Nationalen Volksarmee der DDR

Der Aufbau der Bundeswehr wird von der SED-Propaganda im Verlauf des Jahres 1955 als Gefährdung des Friedens verurteilt. So will Ost-Berlin den Eindruck erwecken, die Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA) am 18. Januar 1956 sei eine bloße Reaktion auf die «imperialistische» Vorgehensweise des Westens.

Die NVA ist nach sowjetischem Modell aufgebaut und mit sowjetischen Waffen ausgerüstet. Durch die Umwandlung der KVP stehen 1956 in der DDR bereits 100 000 Mann unter Waffen. Die Kampftruppen werden vollständig dem Warschauer Pakt unterstellt. Zum Selbstverständnis der NVA gehört die Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion und den anderen Armeen des Paktes. Bis 1962 ist die NVA eine Freiwilligenarmee. Doch der Dienst «bei der Fahne» ist unbeliebt. Entsprechend schwer ist es, qualifiziertes und politisch zuverlässiges Personal für das Offizierskorps zu gewinnen.

Die NVA ist eine Parteiarmee. Sie steht unter der vollständigen Kontrolle der SED. Die Parteibeschlüsse sind für die NVA bindend. Für den Offizier ist die SED-Mitgliedschaft Vorbedingung für seine militärische Karriere. Ein eigenständiger Polit- und Parteiapparat sowie das Spitzelsystem der Staatssicherheit garantieren die umfassende Überwachung und Steuerung der NVA durch die SED.

Ost-Berlin, 1. Mai 1956. Bereits zwei Monate nach der offiziellen Gründung der NVA marschieren deren Soldaten vor der Staats- und Parteiführung auf.
Foto: Süddeutsche Zeitung Photo/ap/dpa/pa

07

BÜNDNISPARTNER UND KOALITIONSARMEE Bundeswehr und NVA im jeweiligen Bündnissystem

1955 wird die Bundesrepublik Mitglied der NATO. Das 1949 gegründete Verteidigungsbündnis unter Führung der USA versteht sich als Wertegemeinschaft. Seine Verteidigungsplanungen sind das Ergebnis umfassender Abstimmung innerhalb der Allianz. Ziel der NATO ist es, die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten von einem Angriff auf Westeuropa abzuschrecken. Gelingt dies nicht, soll jeder Angriff grenznah aufgefangen und zurückgeschlagen werden. Dafür sind rund 400 000 Soldaten aus anderen NATO-Staaten in Westdeutschland stationiert. Der Einsatz von Nuklearwaffen in Deutschland ist Teil der Strategie. Da die Sowjetunion ebenfalls mit Atomwaffen plant, droht das geteilte Land im Kriegsfall zum atomaren Schlachtfeld zu werden.

Wenige Tage nach dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik gründet die Sowjetunion 1955 den Warschauer Pakt. Er begreift sich als politisches und militärisches Bündnis sozialistischer Staaten. Die DDR ist Gründungsmitglied und spielt in der Militärdoktrin des Paktes für die Stationierung von etwa 400 000 sowjetischen Soldaten und als Operations- und Durchmarschgebiet eine bedeutende Rolle. Die NVA soll mit den verbündeten Streitkräften eine «imperialistische Aggression» aus dem Westen offensiv abwehren und den Gegner auf dessen eigenem Territorium vernichten.

Nach der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO am 9. Mai 1955 wird vor dem Hauptquartier des Atlantikrats in Paris die schwarz-rot-goldene Flagge gehisst.
Foto: picture alliance/dpa

08

KRIEG IM FRIEDEN
Verteidigungsvorbereitungen im Kalten Krieg

In der Zeit des «Kalten Krieges» sind die Auswirkungen der Kriegs- und Verteidigungsvorbereitungen für die Deutschen auch im Alltag spürbar. Bis Ende der 1980er Jahre proben die NATO-Bündnispartner jedes Jahr in Westdeutschland im Rahmen großer Herbstmanöver auch außerhalb der Truppenübungsplätze den Ernstfall. Auf den westdeutschen Autobahnen sind lange Fahrzeugkolonnen der Bundeswehr und ihrer Alliierten ein gewohntes Bild.

In der DDR unterscheiden sich die großen Manöver des Ostblocks von denen im Westen durch eine umfassende propagandistische Berichterstattung in den staatlichen Medien. Einen kritischen Blick hinter die Kulissen kann die Öffentlichkeit in der DDR jedoch nicht werfen. Auf beiden Seiten dienen die Manöver, in denen die Gefechtsbereitschaft der Streitkräfte geübt wird, der Abschreckung.

Manöverschäden, für deren Regulierung es spezielle Schadensoffiziere gibt, sowie Übungslärm durch Geschütze und Tiefflieger belasten die Bevölkerung. Gefechtsmunition wird zwar nur auf den dafür vorgesehenen Truppenübungs- und Schießplätzen eingesetzt. Dennoch kommt es immer wieder zu tragischen Todesfällen, vor allem wenn Panzer und Gefechtsfahrzeuge sich außerhalb dieser Plätze auf öffentlichen Straßen bewegen.

09

UNGELIEBTER DIENST
Die allgemeine Wehrpflicht in Ost und West

1956 beschließt der Deutsche Bundestag nach leidenschaftlicher Debatte die Wehrpflicht für alle Männer ab dem 18. Lebensjahr. Die DDR-Führung wagt diesen Schritt erst 1962, nachdem sie im Jahr zuvor mit dem Mauerbau in Berlin den letzten Fluchtweg in den Westen abgeschnitten hat.

In der Bundesrepublik gilt: Wer den Waffendienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann, muss nicht zum «Bund», sondern kann im sozialen Bereich zivilen Ersatzdienst leisten. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung hatte die Bundesrepublik bereits 1949 als erster Staat überhaupt in ihrem Grundgesetz festgeschrieben. Gelten die «Zivis» vielen Westdeutschen zunächst als «Drückeberger», steigt deren Zahl ab den 1980er Jahren sprunghaft an.

In der DDR kann niemand den Wehrdienst verweigern. Ab 1964 ist jedoch ein waffenloser Militärdienst in NVA-Baueinheiten möglich. Im Ostblock ist dies einzigartig. Bausoldaten müssen aber im Dienst und später mit Schikanen rechnen, etwa mit Einschränkungen bei der Berufswahl.

2011 wird die Wehrpflicht im wiedervereinigten Deutschland aus Gründen der Wehrgerechtigkeit ausgesetzt: Angesichts starker Geburtsjahrgänge und einer verkleinerten Bundeswehr kann nur noch ein Teil der Wehrpflichtigen eingezogen werden.

Ein Junge beobachtet im September 1984 im niederbayerischen Dürnhart einen Soldaten während der Heeresübung «Flinker Igel». Was wie ein Räuber-und-Gendarm-Spiel wirkt, hat einen ernsten Hintergrund: Ost und West üben für einen Krieg in Deutschland.
Foto: picture alliance/ap/Fritz Reiss

Kreiswehrersatzämter waren bis zu ihrer Auflösung 2012 Teil der zivilen Bundeswehrverwaltung. Zu ihren Aufgaben zählten die Rekrutierung und Musterung der Wehrpflichtigen. Die vergleichbare DDR-Behörde war das Wehrkreiskommando.
Foto: picture alliance/dpa/Friso Gentsch

10

BEIM BUND UND BEI DER ASCHE
Soldatenalltag in Ost und West

Der Soldatenalltag in Ost und West ähnelt sich. Militärische Strukturen, Drill und Disziplin sind für die jungen Rekruten nicht selten ein Schock. Die Zeit «beim Bund» oder «bei der Asche», wie es in der DDR heißt, prägt über die Dienstzeit hinaus. Oft ist sie die erste Trennung von Elternhaus und Freundeskreis. Auch Missstände gleichen sich, etwa Alkoholmissbrauch oder sinnloser «Gammeldienst».

Die Unterschiede wiegen jedoch schwerer: In vielen DDR-Kasernen genießen «Entlassungskandidaten», Wehrpflichtige des letzten Diensthalbjahres, Privilegien, während die Neuen häufig drangsaliert werden. Zum NVA-Alltag gehören eine rigide Militärjustiz, mit dem Militärgefängnis Schwedt als reale Drohung, die ständige ideologische Indoktrination («Rotlichtbestrahlung») und eine hohe Gefechtsbereitschaft. Stets müssen sich 85 Prozent der Soldaten «kampfbereit» in der Kaserne aufhalten. Im Westen setzt dagegen jeden Freitag die sogenannte «NATO-Rallye» ein, wenn die Wehrpflichtigen nach Hause fahren und weithin leere Kasernen zurückbleiben.

In der störanfälligen DDR-Planwirtschaft ist die NVA regelmäßig Personalreserve, sei es bei Ernteeinsätzen, Bauarbeiten oder in der Industrie. Beide Armeen spielen als Konsument und Arbeitgeber in strukturschwachen Gebieten eine wichtige wirtschaftliche Rolle.

Bundeswehrsoldaten am 2. Mai 2011 bei der militärischen Grundausbildung. Drill, also die häufige Wiederholung von Bewegungsabläufen, damit diese unter Stress unbewusst und automatisch erfolgen, gehört zu den prägenden Erfahrungen des Wehrdienstes.
Foto: PIZ Heer / Katrin Selsemeier

11

HELFER IN DER NOT
Hilfseinsätze bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen

1962 besteht die junge Bundeswehr ihre erste Bewährungsprobe. Sie kommt bei einer schweren Sturmflut in Norddeutschland zum Einsatz und erwirbt sich dabei großes Ansehen in der Bevölkerung. Mehrere Soldaten sterben beim Kampf gegen die Naturgewalten und dem Versuch, Leben zu retten. Auch in der DDR leistet die NVA immer wieder Katastrophenhilfe. Ihre Soldaten und ihr schweres Gerät sind regelmäßig bei Überschwemmungen sowie bei heftigen Schneefällen im Einsatz.

1997 kommt es zum großen Oderhochwasser in Ostdeutschland. 15 000 Soldaten aus Ost und West helfen, die Deiche zu verteidigen. Sieben Jahre nach der Wiedervereinigung wird aus der «westdeutschen» Bundeswehr für viele Ostdeutsche «unsere» Bundeswehr.

2002 leisten erneut über 40 000 Soldaten Katastrophenhilfe – diesmal beim Kampf gegen die Fluten der Elbe und Donau. 60 Prozent von ihnen sind Wehrdienstleistende.

Seit 1959 betreibt die Bundeswehr einen eigenen Such- und Rettungsdienst, um bei Unfällen in der Luft- und Seefahrt sowie im Gebirge rasch Hilfe zu leisten und ab 1966 auch den zivilen Rettungsdienst personell und materiell zu unterstützen.

Auch international leistet die Bundeswehr Rettungs- und Hilfseinsätze, so erstmals 1960 nach einem Erdbeben in Agadir / Marokko und zuletzt 2014 beim Kampf gegen die Ebola-Epidemie in Afrika.

Flutkatastrophe in Hamburg im Februar 1962. Ein Bundeswehrsoldat rettet ein Baby vor dem Hochwasser. Mehr als 40 000 Soldaten kommen in Norddeutschland zum Einsatz.
Foto vom 1. Februar 1962: picture alliance / Gerd Herold

12 ATHLETEN IN UNIFORM
Sportförderung durch Bundeswehr und NVA

Georg Hackl, Kati Wilhelm und Henry Maske: Namen bekannter Olympiasieger – und Sportsoldaten. Viele Sportlerinnen und Sportler verdanken ihre Karriere der Sportförderung durch das Militär.

Während des Ost-West-Konfliktes sollen sportliche Höchstleistungen, messbar in Medaillen und Rekorden, die Überlegenheit des jeweiligen Gesellschaftssystems dokumentieren. Trotz anfänglicher Vorbehalte werden deshalb seit den 1960er Jahren auch Bundeswehr und NVA in die staatliche Förderung des Spitzensports eingebunden.

Besonderen Stellenwert gewinnt die Sportförderung in der NVA. Sie unterhält nicht nur eigene Trainingszentren, sondern betreibt mit der Armeesportvereinigung «Vorwärts» ein dichtes Netz an Sportclubs. Die sind Teil einer systematischen Talentsichtung und -förderung im DDR-Sport, der im Spitzenbereich zudem systematisches Doping betreibt. In der Folge sind DDR-Athleten ihren westdeutschen Konkurrenten oft überlegen.

Die Bundeswehr gründet 1968 Sportfördergruppen, die eng mit den Leistungszentren des Deutschen Sportbundes kooperieren. Heute betreut die Bundeswehr fast 750 Spitzenathletinnen und -athleten. Sie zählt damit zu den wichtigsten Förderern des deutschen Spitzensports.

Olympische Spiele München 1972. Bei den Gehern messen sich die Sportsoldaten Bernd Kannenberg (Bundesrepublik) und Peter Frenkel (DDR). Frenkel gewinnt das 20-km-Rennen, Kannenberg über die 50-km-Distanz. Beide mit olympischem Rekord.
Foto: picture alliance/Pressefoto Baumann

13 FALL EINER MÄNNERBASTION
Frauen in den Streitkräften

Im geteilten Deutschland bleibt das Militär zunächst Männersache. Eine allgemeine Wehrpflicht für Frauen gibt es nicht. Allerdings können sich Frauen in der NVA von Beginn an für «Rückwärtige» und Medizinische Dienste als Freiwillige verpflichten und ab 1984 auch Offizier werden.

Im Westen verbietet das Grundgesetz Frauen den Waffendienst. Mit der Begründung, dass Sanitätssoldaten nur zur Selbstverteidigung bewaffnet sind, stellt die Bundeswehr 1975 erstmals Ärztinnen als Sanitätsoffiziere ein. Ab 1988 fallen alle Laufbahnbeschränkungen im Sanitäts- und Militärmusikdienst. Ob Frauen aus Gründen der Gleichbehandlung auch uneingeschränkten Zugang zur Bundeswehr haben sollen, wird im wiedervereinigten Deutschland kontrovers diskutiert. Im Jahr 2000 bejaht dies der Europäische Gerichtshof.

Nach einer Grundgesetzänderung treten am 1. Januar 2001 die ersten Soldatinnen ihren freiwilligen Wehrdienst an. Während Vorschriften rasch überarbeitet und neue Uniformen schnell beschafft sind, dauert das Umdenken in der Truppe länger. Viele Soldaten müssen sich an ihre weiblichen Kameraden erst gewöhnen. Ihre Zahl steigt kontinuierlich. Ende 2014 dienen ca. 19 000 Frauen in der Bundeswehr – ein Anteil von rund 10 Prozent.

Eine Soldatin bei einer Bundeswehrveranstaltung in Berlin am 26. Juni 2014. In der Bundeswehr sind Frauen – auch als Vorgesetzte – zu einem gewohnten Anblick geworden.
Foto: picture alliance/dpa/Bernd von Jutrczenka.

14 INFORMATION ODER INDOKTRINATION? Militär und Jugend

In der DDR beginnt die «sozialistische Wehrerziehung» bereits im Kindesalter. Ab 1978 ist Wehrunterricht Pflichtfach in der 9. und 10. Klasse. Er besteht aus einem theoretischen Teil in den Schulen, Wehr- oder Zivilverteidigungslagern und «Tagen der Wehrbereitschaft». Zum Unterricht gehört auch eine Schießausbildung. Auch Berufsschüler und Studierende müssen Wehrlager absolvieren.

Die Schulen sollen zudem ab der 7. Klasse Nachwuchs für die NVA werben. Von Freiwilligkeit kann dabei keine Rede sein: Für viele Jugendliche ist die Verpflichtung als Zeitsoldat Voraussetzung für Abitur und Studium.

Vergleichbares gibt es im Westen nicht. Dort können seit 1958 Schulen und andere Bildungseinrichtungen Jugendoffiziere als Referenten für Sicherheits- und Verteidigungspolitik einladen. Sie informieren über den Verfassungsauftrag der Bundeswehr, den deutschen Beitrag zur internationalen Konfliktprävention und Krisenbewältigung sowie – seit den 1990er Jahren – über die Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Jugendoffiziere dürfen weder für den Wehrdienst noch für eine Berufslaufbahn in der Bundeswehr werben. Dennoch stößt ihr Auftreten in den Schulen auch auf Ablehnung und Kritik.

Das beliebte DDR-Sandmännchen besucht die NVA. Standbild einer DDR-Fernsehsendung aus dem Jahr 1982. In der DDR werden schon Vorschulkinder systematisch an das Thema Militär herangeführt. In Kinderliedern, wie «Wenn ich groß bin, gehe ich zur Volksarmee», singen sie, dass sie später einmal Panzer fahren und Kanonen laden wollen.
Foto: DRA Babelsberg, ID 056333

15 SPIEGEL DER GESELLSCHAFT? Streitkräfte und gesellschaftlicher Wandel

«Die Bundeswehr kann in ihrem Erscheinungsbild die Entwicklung des allgemeinen Geschmacks nicht unberücksichtigt lassen», heißt es 1971 in einem Erlass des Bundesverteidigungsministers. Fortan sind Soldaten lange Haare erlaubt. Diese müssen im Dienst in einem Haarnetz getragen werden. Es ist die Zeit der Rolling Stones, des Musicals «Hair» und der 68er-Bewegung. «German Hair Force» spottet die Presse im In- und Ausland. Bereits ein Jahr später lässt ein neuer Erlass die Haare wieder fallen.

Die NVA hat es da leichter. In der SED-Diktatur endet – nicht nur – die modische Selbstbestimmung am Kasernentor. Demgegenüber können sich Bundeswehrsoldaten gegen als sinnlos empfundene Vorschriften oder Schikanen mit Eingaben an den Wehrbeauftragten wenden. Er informiert seit 1982 den Bundestag jährlich über den Stand der Bürgerrechte und der Demokratie in der Bundeswehr.

Die Bundeswehr tut sich nicht nur mit den Wendungen der Mode schwer. So bleibt etwa der Umgang mit Sexualität lange ein Tabuthema. Bis 1979 ist zum Beispiel Homosexualität ein Ausmusterungsgrund; schwule Vorgesetzte gelten im Kalten Krieg als Sicherheitsrisiko. Ab 2000 kommt es hier zu grundlegenden Reformen. Die Intimsphäre der Soldatinnen und Soldaten wird zur Privatsache. Jegliche Diskriminierungen sind zu unterbinden.

Ob Tätowierungen, Piercings und andere «Körpermodifikationen» bei Soldaten zulässig sind und im Dienst gezeigt werden dürfen, wird in der Bundeswehr heftig diskutiert. Anfang 2015 werden die Regelungen hierzu präzisiert.
Foto, vom 21. August 2014: AkBwInfoKom Zentralredaktion/ Jane Hannemann

16

FRIEDEN SCHAFFEN OHNE WAFFEN
Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik und in der DDR

Nach einem Jahrzehnt Entspannungspolitik verhärten sich Ende der 1970er Jahre die Fronten zwischen Ost und West. Die Sowjetunion interveniert 1979 in Afghanistan. 1981 wird in Polen das Kriegsrecht ausgerufen. Im gleichen Jahr reagiert die NATO auf neue sowjetische SS-20-Atomraketen in Osteuropa mit einem Doppelbeschluss: Falls mit Moskau keine Abrüstung aller nuklearen Mittelstreckenraketen erreicht wird, werden neue amerikanische Pershing-II-Raketen in Westeuropa stationiert.

Der neue Rüstungswettlauf sowie US-Pläne, im Weltall ein Raketenabwehrsystem zu errichten, schüren weltweit Ängste vor einem Atomkrieg. Im geteilten Deutschland, das Stationierungsort beider Raketensysteme ist, regt sich gesellschaftlicher Widerstand. Am 10. Oktober 1981 demonstrieren mehr als 300 000 Menschen in Bonn friedlich gegen die Nachrüstung.

Auch in der DDR kommt es zu großen Friedenskundgebungen. Doch die sind vom SED-Staat veranlasst und richten sich einseitig gegen die NATO-Raketen. Dennoch gibt es auch im Osten eine kleine, unabhängige Friedensbewegung. Deren Aktivisten protestieren mit dem Motto «Schwerter zu Pflugscharen» gegen den Rüstungswettlauf in West und Ost. Die lokalen Friedensgruppen sind eine Keimzelle der DDR-Opposition und werden von der Staatssicherheit bespitzelt und bekämpft.

Trotz Verbots nehmen Bundeswehrsoldaten am 22. Oktober 1983 in Uniform an der Großkundgebung im Bonner Hofgarten teil und demonstrieren mit einem Transparent und einer Pershing-II-Attrappe gegen die NATO-Nachrüstung.
Foto: picture alliance / dpa / Heinz Wieseler

17

EINSATZBEREIT
Die NVA in der Friedlichen Revolution

Die DDR im Herbst 1989. Massenhaft demonstrieren die Menschen gegen die SED-Diktatur. Zehntausende fliehen über die Tschechoslowakei und Ungarn in den Westen. Die SED versucht mit einem Führungswechsel und halbherzigen Reformen gegenzusteuern. Ein Machtverlust ist für sie unvorstellbar. Noch befiehlt sie über einen Militär- und Sicherheitsapparat von etwa 362 000 Mann. Doch für eine gewaltsame Niederschlagung der Proteste fehlt der Rückhalt aus Moskau. Am 9. November 1989 fällt das Symbol der SED-Diktatur: die Berliner Mauer. Der Niedergang des Regimes beschleunigt sich.

Die NVA bleibt von dieser Entwicklung nicht unberührt. Auch hier hat sich Unzufriedenheit angestaut. Zum Jahreswechsel 1989/90 fordern Soldaten demokratische Reformen. Trotz Fällen von Fahnenflucht bleibt die NVA handlungsfähig.

Im April 1990 tritt die erste demokratisch gewählte DDR-Regierung an. Rainer Eppelmann, ein ehemaliger Bausoldat und DDR-Oppositioneller, wird «Minister für Abrüstung und Verteidigung». Er leitet eine Militärreform sowie die Abrüstung der NVA ein. Die internationalen Verhandlungen über die deutsche Einheit betreffen auch die Frage künftiger gesamtdeutscher Streitkräfte. Viele DDR-Offiziere hoffen zunächst, die NVA würde fortbestehen oder vollständig in die Bundeswehr überführt werden.

Soldaten der NVA demonstrieren am 14. März 1990 in Ost-Berlin vor der Neuen Wache. Sie fordern verbesserte Dienstbedingungen in den Kasernen.
Foto: Privatsammlung

ARMEE DER EINHEIT
Die Auflösung der NVA und der Aufbau gesamtdeutscher Streitkräfte

3. Oktober 1990, 0:00 Uhr. Deutschland ist wieder vereinigt, die NVA aufgelöst. 90 000 uniformierte und 47 000 zivile vormalige NVA-Angehörige unterstehen nun dem Befehl des neu eingerichteten Bundeswehrkommandos Ost. Die Bundeswehr, die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung eine halbe Million Soldaten zählt, steht vor einer gewaltigen Herausforderung. Der 2+4-Vertrag, mit dem die ehemaligen Siegermächte der deutschen Einheit zugestimmt haben, verlangt eine Truppenreduzierung auf 370 000 Soldaten bis zum Jahr 1994.

Die meisten Standorte der NVA werden geschlossen, ihre Ausrüstung zunächst teilweise weiter genutzt, schließlich verschrottet oder ins Ausland verkauft. Ein großer Teil der Unteroffiziere sowie fast das ganze Offizierskorps der NVA werden entlassen. Nur 3050 von 24 230 (Stand 3. Oktober 1990) ehemaligen NVA-Offizieren werden letztlich von der Bundeswehr als Berufs- oder Zeitsoldaten übernommen.

Die Bundeswehr verändert sich tiefgreifend. Auch in Westdeutschland werden Dienststellen geschlossen und zum Teil in die neuen Länder verlegt. Dort verpflichten sich viele Wehrdienstleistende als Zeit- oder Berufssoldaten. Die Bundeswehr wird in den 1990er Jahren zur Armee der Einheit, in der Deutsche aus West und Ost die Wiedervereinigung tagtäglich erleben.

MiG-29-Kampfflugzeuge sowjetischer Bauart im Fliegerhorst Preschen, die die Bundeswehr von der NVA übernommen hat und bis 2004 nutzt. Der «Dienst-Trabi» mit dem Spitznamen «Rudi» im Bildvordergrund bringt die Piloten zu ihren Jets.
Foto, undatiert: picture alliance / ZB / Jan Bauer

OUT OF AREA
Die Auslandseinsätze der Bundeswehr

Bis 1989 sind bewaffnete Bundeswehreinsätze «out of area» für Politik und Gesellschaft unvorstellbar. Mit der Wiedervereinigung beginnt die Debatte über Deutschlands gewachsene internationale Verantwortung. Als die Bundesregierung ab 1991 Soldaten zu UN-Blauhelmeinsätzen in Kambodscha und Somalia entsendet, zieht die Opposition vor das Bundesverfassungsgericht. Das erklärt 1994 Auslandseinsätze zur Sicherung oder Wiederherstellung des Friedens im Rahmen der UN oder der NATO für zulässig, falls der Bundestag jeweils zustimmt.

1999 nimmt Deutschland erstmals an einem NATO-Kampfeinsatz teil, um die Albaner im Kosovo vor serbischen Übergriffen zu schützen. Es kommt zu innenpolitischen Kontroversen. Diese nehmen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 noch zu, als Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan geschickt werden.

In wenigen Jahren wandelt sich die Bundeswehr zu einem Instrument globaler Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Sie wird eine Armee im weltweiten Einsatz, deren neue Rolle umstritten bleibt.

Viele Soldaten kehren aus ihrem Einsatz mit körperlichen und seelischen Schäden zurück oder lassen gar im Ausland ihr Leben. Nicht wenige der Heimkehrer beklagen fehlende Wertschätzung und mangelnden gesellschaftlichen Rückhalt für ihre lebensbedrohlichen Einsätze.

Bundeswehrpatrouille am 18. August 2011 bei Charrah Darreh nahe Kundus in Afghanistan. Im Norden des Landes wird die Bundeswehr immer wieder in Gefechte verwickelt.
Foto: picture alliance / dpa / Maurizio Gambarini.

FREUNDLICHES DESINTERESSE? Bundeswehr und Gesellschaft

10. Oktober 2005. Bundespräsident Horst Köhler beklagt ein «freundliches Desinteresse» an der Bundeswehr und ruft zu mehr Solidarität mit den Soldaten auf. Laut Umfragen ist die Bundeswehr in der Bevölkerung beliebt. Man vertraut ihr. Aber man interessiert sich nicht für sie. Dafür gibt es Gründe. Seit 1990 ist die Bundeswehr für die Öffentlichkeit durch Abrüstung, Verkleinerung und Umstrukturierung weniger sichtbar geworden. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht erleben die Bürger immer seltener Soldaten als Menschen in Uniform, sondern nehmen diese zunehmend als uniforme Menschen in der TV-Berichterstattung über Auslandseinsätze wahr.

Wenige Berufsgruppen rufen so starke emotionale Reaktionen hervor wie Soldaten. Die demographische Entwicklung, Fragen nach ihrer Attraktivität als Arbeitgeber, dem Zustand ihrer Ausrüstung sowie die mit den Auslandseinsätzen verbundenen Gefahren erschweren es der Bundeswehr, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen. Um die ihr übertragenen Aufgaben erfüllen zu können, benötigt die Bundeswehr nicht nur ausreichende Ressourcen, sondern vor allem breiten politischen und gesellschaftlichen Rückhalt, den sie sich durch verantwortungsbewusstes Handeln und Auftreten stets aufs Neue verdienen muss.

Arbeiter befestigen am 17. Dezember 2014 an einem Gebäude des Bundesverteidigungsministeriums in Berlin ein Werbeplakat der Bundeswehr.
Foto: picture alliance / dpa / Paul Zinken

DIE HERAUSGEBER

Das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr ist eine Forschungseinrichtung des Bundes im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung. Es betreibt militärhistorische Grundlagenforschung sowie militärsoziologische und sicherheitspolitische Forschung.
www.zmsbw.de

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur trägt mit ihrer Projektförderung sowie vielfältigen eigenen Angeboten zur umfassenden Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Europa bei.
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

DIE AUTOREN UND KURATOREN

Konzeption und Leitung des Ausstellungsprojekts oblagen Oberst Dr. Sven Lange vom ZMSBw, der gemeinsam mit Dr. Ulrich Mählert, Bundesstiftung Aufarbeitung, die Texte erarbeitete. Fachwissenschaftliche Unterstützung erhielten sie dabei von den Historikerinnen und Historikern des ZMSBw, namentlich von Dr. Torsten Diedrich und Fregattenkapitän Dr. Oliver Krauß. Die Bildrecherchen am ZMSBw wurden von Oberstleutnant Heiko Perlitz, Marina Sandig und Christine Kösling-Säuberlich verantwortet. Als Projektbetreuerin sorgte Hauptmann Antje Dierking für einen reibungslosen Ablauf der Kooperation.

DER GESTALTER

Die Gestaltung übernahm Dr. Thomas Klemm, 1975 in Dresden geboren, Studium der Geschichte und Kunstpädagogik in Dresden, Leipzig und Padua. 2012 Promotion. Klemm lebt und arbeitet als freier Grafiker und Ausstellungsmacher in Leipzig.
www.thomasklemm.com

BÜCHER ZUM THEMA

Heiner Möllers, Rudolf J. Schlaffer: Sonderfall Bundeswehr? Streitkräfte in nationalen Perspektiven und im internationalen Vergleich, München 2014.
Winfried Heinemann: Die DDR und ihr Militär, München 2011.
Matthias Rogg: Armee des Volkes? Militär und Gesellschaft in der DDR, Berlin 2008.
Frank Nägler (Hrsg.): Die Bundeswehr 1955 bis 2005. Rückblenden, Einsichten, Perspektiven, München 2007.
Klaus-Jürgen Bremm, Hans-Hubertus Mack, Martin Rink (Hrsg.): Entschieden für Frieden. 50 Jahre Bundeswehr. 1955 bis 2005, Freiburg im Breisgau 2005.

INTERNETRESSOURCEN

Militär- oder Zivildienst sind für nicht wenige ein einschneidendes Erlebnis. Darüber hinaus wurden und werden die Aufgaben der Streitkräfte in der Gesellschaft mit Leidenschaft diskutiert. Entsprechend unüberschaubar sind die Fundstellen zum Thema im Internet. Wer im Internet mehr über das Thema der Ausstellung erfahren möchte, wird auf der Webseite der Bundeszentrale für politische Bildung fündig. Die Eingabe der Begriffe Militär, Bundeswehr und / oder NVA im Suchfeld von www.bpb.de führt zu einer Vielzahl von Sach- und Diskussionsbeiträgen. Orientierung und zahlreiche Materialien bietet darüber hinaus die Webseite des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (www.zmsbw.de).

MILITÄRHISTORISCHES MUSEUM DRESDEN

Besuchen Sie das Militärhistorische Museum der Bundeswehr (MHM) in Dresden. Das größte Museum seiner Art in Europa wurde im Oktober 2011 nach langem Umbau wiedereröffnet. Zu ihm gehören auch das Museum auf dem Flugplatz Berlin-Gatow sowie Ausstellungen in den Zeughäusern auf der Festung Königstein südöstlich von Dresden. Nähere Informationen finden Sie hier: www.mhmbw.de

DANKSAGUNG

Die Herausgeber danken den Archiven, Institutionen und Einzelpersonen, die Fotos, Karikaturen und Faksimiles zur Verfügung gestellt haben. Zu nennen sind Barefoot Films, das Bundesarchiv (Koblenz / Berlin), das Deutsche Historische Museum (Berlin), das Deutsche Rundfunkarchiv (Babelsberg), die DFG-VK, das Haus der Geschichte (Bonn), das Militärhistorische Museum der Bundeswehr (Dresden), picture alliance (Frankfurt / M), die Robert-Havemann-Gesellschaft (Berlin), Süddeutsche Zeitung Photo (München), die Universität Greifswald sowie VISUM Foto GmbH. Uwe Biermann (Dohna) und Andreas Hofmann (Kesselsdorf) haben Fotos aus dem Alltag der Bausoldaten und der NVA zur Verfügung gestellt.

BITTE BEACHTEN

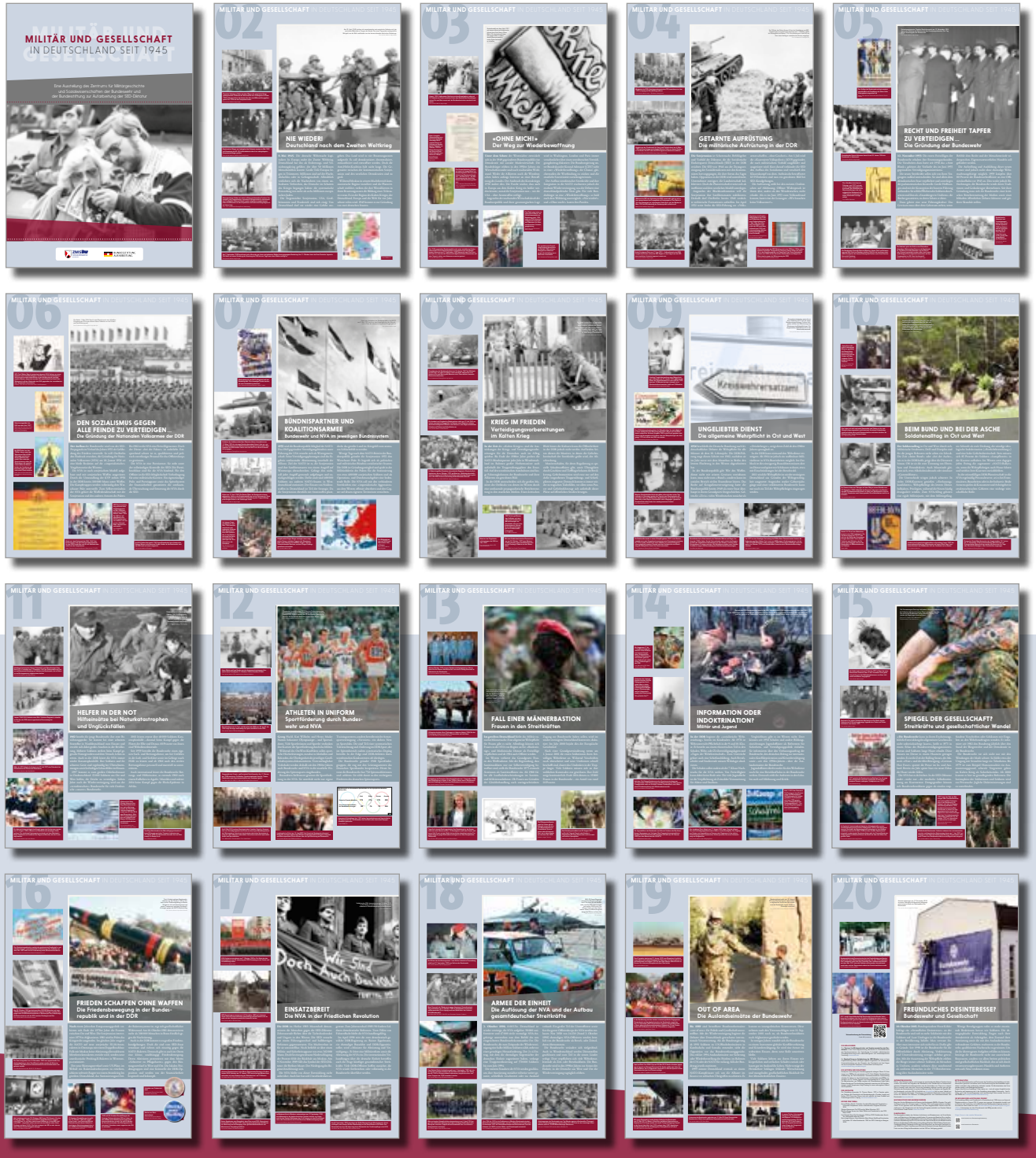
Alle Fotos, Audiodokumente und Texte sowie die Gestaltung der Ausstellung sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nicht ohne Zustimmung der Rechteinhaber reproduziert, verändert oder anderweitig verbreitet werden. Die Rechteinhaber der Fotos werden jeweils in den Bildlegenden benannt.

Fragen oder Kritik zur Ausstellung? Oder haben wir – trotz all unserer Sorgfalt bei der Recherche und Lizenzierung der in der Ausstellung verwendeten Dokumente – Ihre Urheber- und / oder Verwertungsrechte nicht berücksichtigt? Bitte wenden Sie sich an das ZMSBw via zmsbwpressestelle@Bundeswehr.org

SIE WOLLEN DIESE AUSSTELLUNG ZEIGEN?

Die Ausstellung «Militär und Gesellschaft in Deutschland seit 1945» kann von Ihnen als Plakatsammlung im Format DIN A1 gegen eine geringe Schutzgebühr bestellt und im Rahmen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit gezeigt werden. Informationen dazu finden Sie unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de / mugausstellung. Interessenten aus dem Dienstbereich des BMVg wenden sich an zmsbwpressestelle@Bundeswehr.org

MILITÄR UND GESELLSCHAFT IN DEUTSCHLAND SEIT 1945



Folgen Sie uns in den sozialen Netzwerken:

www.facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung

www.facebook.com/Bundeswehr